

Vortrag an den Ministerrat

EU; Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten am 25. Jänner 2022 in Brüssel

Am 25. Jänner 2022 fand in Brüssel eine Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten statt. Behandelt wurden die Prioritäten des französischen Ratsvorsitzes, das Gesetzgebungspaket „Stärkung der Demokratie und Integrität von Wahlen“, die Konferenz zur Zukunft Europas, die EU-Koordination zu COVID-19 sowie die Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich.

Prioritäten des französischen Ratsvorsitzes

Der französische Ratsvorsitz präsentierte seine Prioritäten und nannte für die Arbeiten im Rat Allgemeine Angelegenheiten drei zentrale Säulen: Rechtsstaatlichkeit, die Konferenz zur Zukunft Europas sowie europäische Werte und Grundsätze. Weitere Schwerpunkte seien Multilingualismus und europäische Institutionen, Krisenresilienz und Cyberangelegenheiten, maritime Angelegenheiten, die Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich, die EU-Koordination zu COVID-19 sowie die EU-Erweiterung.

Ich wünschte dem französischen Ratsvorsitz viel Erfolg und sprach mich insbesondere für substanzielle Ergebnisse und mehr Dynamik bei der Konferenz zur Zukunft Europas, sowie Fortschritte bei der EU-Erweiterung am Westbalkan und beim Migrations- und Asylpaket aus.

Stärkung der Demokratie und Integrität von Wahlen

Die Europäische Kommission stellte das Gesetzgebungspaket zur Stärkung der Demokratie und Integrität von Wahlen vor. Anschließend fand ein Austausch dazu statt, bei dem der Fokus auf den beiden Vorschlägen betreffend die Regelungen zu europäischen politischen Parteien sowie zu politischer Werbung lag. Der französische Ratsvorsitz kündigte an, das Paket schnell und effizient verhandeln zu wollen. Die Mitgliedstaaten äußerten sich

generell positiv zu den Maßnahmen und zu einer raschen Umsetzung, äußerten jedoch zu einzelnen Aspekten ihre Bedenken.

Ich betonte die Wichtigkeit des Gesamtpakets im Allgemeinen. Zum Thema Einflussnahme von Drittstaaten im Zusammenhang mit der Finanzierung von europäischen politischen Parteien und deren Kampagnen im Speziellen braucht es eine kritische Auseinandersetzung. Zum Kommissionsvorschlag in diesem konkreten Bereich teilte ich die mehrheitlich geäußerten Bedenken anderer Mitgliedstaaten.

Konferenz zur Zukunft Europas

Der französische Ratsvorsitz und die Vizepräsidenten der Europäischen Kommission, Dubravka Šuica und Maroš Šefčovič, informierten zum aktuellen Stand der Konferenz. Im anschließenden Austausch bestand Einigkeit, dass die Bürgerinnen und Bürger sowie deren Wünsche, Empfehlungen und Beiträge im Mittelpunkt der Konferenz stehen müssen.

Ich teilte meine im Rahmen der Konferenz bisher gemachte Erfahrung, wonach die Bürgerinnen und Bürger besser am Gestaltungsprozess der EU beteiligt und besser informiert werden wollen. Dies müsse auch nach dem Ende der Konferenz umgesetzt werden.

COVID-19 EU-Koordination

Es fand ein allgemeiner Austausch zum Stand der EU-Koordination zu COVID-19 statt. Der französische Ratsvorsitz kündigte die Fortführung der engen Abstimmung auf EU-Ebene an und hob, ebenso wie der Vizepräsident der Europäischen Kommission, Maroš Šefčovič, insbesondere die Wichtigkeit der Impfung inklusive Booster, ausgewogener Regelungen betreffend Reisen innerhalb der EU und in die EU, sowie internationaler Impfstoffsolidarität hervor.

Im Zusammenhang mit der Pandemie-Bekämpfung betonte ich die Bedeutung der Koordinierung von Maßnahmen auf EU-Ebene. Die dabei erzielten Erfolge – wie etwa das digitale COVID-Zertifikat – müssten auch entsprechend kommuniziert werden. Zudem bekräftigte ich einmal mehr, dass die Impfung der wichtigste Schlüssel für den Weg aus der Pandemie sei. In diesem Zusammenhang informierte ich über die weiteren geplanten Schritte zur Einführung der allgemeinen Impfpflicht in Österreich.

Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich

Der Vizepräsident der Europäischen Kommission, Maroš Šefčovič, informierte über den aktuellen Stand der Gespräche mit dem Vereinigten Königreich. Der Ton sei positiver geworden, die Position des Vereinigten Königreichs jedoch grundsätzlich weiterhin unverändert. Die Mitgliedsstaaten sprachen dem Vizepräsidenten und der Europäischen Kommission ihre volle Unterstützung aus.

Sämtliche Ergebnisse der Ratstagung sind auf der Webseite des Rates (www.consilium.europa.eu) abrufbar.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

25. März 2022

Mag. Karoline Edtstadler
Bundesministerin